

CH_VB 20025244 vom 25. Januar 1995

Bundesverwaltung, 1995-01-25, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb__td_class__metadataCell__20025244__td_

FR: CH_VB 20025244 du 25 janvier 1995

IT: CH_VB 20025244 del 25 gennaio 1995

Erwägungen

E. 25

Januar 1995 N 109 Sanierungsmassnahmen 1994 gramm einen solchen Antrag detailliert begründet Sie hier lehnten diesen Antrag damals ab, was aber nichts daran ändert, dass der Rückbau der Ausgaben um 10 bis 15 Prozent unausweichlich ist. Wir sind gefordert, die Staatsquote wieder auf das Niveau von 1990 zurückzuführen und das Ausgabenwachstum mit dem Wirtschaftswachstum in Einklang zu bringen. Das ist erste Priorität, und nichts anderes. Mehreinnahmen aber, gleich welcher Art, bewirken in diesem Parlament immer Mehrausgaben. Vergessen Sie also die sozialistische Vermögenssteuer, und sagen Sie nein zu noch mehr Umverteilung. Wir unterstützen den Nichteintretensantrag. Borei François (S, NE): La proposition de la minorité se justifie essentiellement pour la raison suivante. On parle beaucoup de crise économique, de difficultés économiques. On oublie de dire que parallèlement à cela est en train de se produire dans notre pays une énorme nouvelle répartition des richesses, que les riches deviennent plus riches et les pauvres plus pauvres. L'écart, que l'on regarde au niveau des revenus entre riches et pauvres ou que l'on regarde au niveau des fortunes, devient de plus en plus important. Les statistiques internationales le démontrent Ce n'est pas un phénomène général des pays industrialisés, de l'Europe en particulier, c'est un phénomène spécifiquement suisse qui nous place désormais - au niveau des écarts entre riches et pauvres - en queue de peloton des pays européens, au même niveau que le Portugal ou que la Turquie. La proposition de la minorité vise donc, par l'intermédiaire d'une fiscalité plus juste, à corriger cela et à profiter de la nécessité d'assainir les finances fédérales pour rectifier quelque peu cette inégalité croissante. Vu les prises de position en commission, nous imaginons que cette proposition n'aura guère de succès au plénum. C'est la raison pour laquelle le Parti socialiste prépare déjà - et décidera peut-être lors de son congrès de juin - une initiative populaire pour un impôt sur la fortune des millionnaires. Le sujet ne sera de loin pas clos par votre non majoritaire de tout à l'heure. Selon toute vraisemblance, ce sera en dernier ressort au peuple de trancher sur cette question. Le président: Le groupe radical-démocratique communique qu'il s'opposera à l'entrée en matière et soutiendra la proposition de la majorité de la commission. Le groupe de l'Union démocratique du centre n'entrera pas non plus en matière. Le groupe démocrate-chrétien combattra également l'entrée en matière. Diinki Max (U, ZH): Die LdU/EVP-Fraktion kann der Einführung einer Vermögenssteuer auf Bundesebene nicht zustimmen. Wir werden also den Nichteintretensantrag unterstützen. Wir haben Verständnis dafür und begreifen es, dass die Sozialdemokraten hier eine erste Propagandarunde für ihre angekündigte Volksinitiative durchführen wollen. Klappern gehört zum Handwerk. Das ist aber kein Grund, dass der Rat hier in Populismus macht. Eine Vermögenssteuer des Bundes ist eine neue Steuer, das wissen wir. Neue Steuern bedingen vorerst einmal einen höheren Verwaltungsaufwand für die Steuerveranlagung; das wissen wir auch dadurch, wie sie bei der Mehrwertsteuer praktiziert wird. Der Gewinn

für den Staat ist also immer kleiner als der Ertrag der neuen Steuer. Dazu kommt der Aufwand bei den Privaten. Die Kosten der Privaten stehen in keinem richtigen Verhältnis zum Bruttoertrag einer solchen Steuer. Aus Gründen der Effizienz sollte man deshalb nicht allzu viele Steuern erheben, sondern sich auf einige wesentliche, ertragreiche Steuerarten beschränken. Das war auch der Grund, weshalb der Bund bisher auf eine Vermögenssteuer verzichtet hat. Die Kantone erheben nämlich die Vermögenssteuern, und sie sollen es ruhig weiterhin tun. Die gesamte Vermögensbesteuerung durch Bund, Kantone und Gemeinden darf nicht zu hoch sein, wenn wir das Sparen und damit die Kapitalbildung nicht unattraktiv machen wollen. Wenn wir noch eine eidgenössische Vermögenssteuer einführen, nehmen wir den Kantonen den letzten Spielraum bei dieser Steuer. Wir haben dann zwei ineffiziente Vermögenssteuern nebeneinander. Wir beschliessen hier über die Sanierung des Bundeshaushaltes und nicht über die Steigerung des Verwaltungsaufwandes des Bundes aus ideologischen Gründen. Wir haben Nichteintreten beschlossen. Misteli Marguerite (G, SO): Die grüne Fraktion unterstützt den Antrag der Minderheit auf Einführung einer Vermögenssteuer auf Bundesebene. Frau Leemann hat ausgeführt, was der Antrag der Minderheit bezweckt und was dieser Antrag an die von uns hier beabsichtigte Sanierung beitragen würde. Sie haben auch gehört, dass die Bilanz des Parlamentes in bezug auf die Sanierung des Bundeshaushaltes mager aussieht. Es wurde von verschiedenen Sprechern und Sprecherinnen darauf hingewiesen, dass sich der Sparwille je nach politischen oder bei einigen Leuten wirtschaftlichen Interessen verschiedene Wege aussucht. Beide Seiten kommen aber nicht um die Einsicht herum, dass im letzten Jahrzehnt auch in der Schweiz ein enormer Umverteilungsprozess stattgefunden hat, und zwar nicht in der Richtung, wie Herr Moser meint. Das war bis vor kurzem in der Schweiz kein Thema. Zu lange schon thronten wir in der Rangliste des Bruttosozialproduktes pro Einwohner weit oben auf dem ersten Platz. Verarmung war ein Thema für die Dritte Welt - Afrika, Lateinamerika und Asien -, welche wegen der ungerechten Terms of trade, Protektionismus des Nordens gegenüber den Gütern des Südens, in der zunehmenden Verschuldung immer weiter nach unten abrutschte. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung dieser Länder ist mit weniger Einkommen und Vermögen ins letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts eingetreten, als sie vor 10 Jahren, ja sogar vor

E. 30

Jahren hatte. Doch der Schein trügt. In der Schweiz öffnete sich die Schere zwischen Habenichtsen und Reichen sogar stärker als in manchen Entwicklungsländern. Das in absoluten Zahlen hohe Bruttosozialprodukt und ein gewisser materieller Wohlstand vermochten diesen Prozess eine Zeitlang zu verschleiern. Diese Zeit ist jetzt vorbei. Inzwischen wird von einer sogenannten neuen Armut in der Schweiz gesprochen. In einer Tageszeitung war im letzten Jahr zu lesen, dass beispielsweise die ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung in Ghana prozentual über einen höheren Anteil des Bruttosozialproduktes verfügen als in der Schweiz. Es ist Zynismus, wenn in der heutigen Zeit versucht werden soll, den verschuldeten und defizitären Staatshaushalt ohne Mehreinnahmen zu sanieren. Unser rasantes Wirtschaftswachstum mit zu billiger Energie - Sie können zu diesem Sachverhalt die kürzlich herausgekommene aufschlussreiche Studie «Das 1950er-Syndrom» konsultieren-, ohne Rücksicht auf die Umwelt, ohne verbesserte Mitsprache der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und mit einer Vernachlässigung der sozialen, solidarischen Beziehungen und Strukturen resultierte in enormen Folgekosten. Ein Teil fällt beim Staat, so auch beim Bund, an, welcher damit neue Aufgaben und höhere Ausgaben übernehmen muss, z. B. zur Bekämpfung der neuen Armut oder der Arbeitslosigkeit.

keit. Ein anderer Teil fällt aber auch privat an, als Mehrarbeit, als Gratisarbeit der Frauen, als Besitzstandverlust 50 Prozent aller AHV-Bezüger und -Bezügerinnen und 25 Prozent der IV-Bezüger und -Bezügerinnen brauchten im letzten Jahr Ergänzungsleistungen. Das ist die Umverteilung, Herr Moser, und nicht die, die Sie meinen. Es gibt aber auch eindeutige Gewinner der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte. 1958 verfügten die reichsten 10 Prozent der Schweizer und Schweizerinnen über 22mal mehr Vermögen als die ärmsten 10 Prozent. Heute, das heisst nach der Steuerstatistik von 1991, besitzen die wohlhabenden 10 Prozent SOOMal mehr! Das ist die Umverteilung! Diese Folgen haben wir heute zu tragen! Deshalb finden wir es angebracht, dass zur Behebung des heute anfallenden strukturellen Defizits und zur Verminderung und Konsolidierung der Staatsschuld neu eine Bundessteuer auf Vermögen eingeführt wird. Sie trifft 15 Prozent der Steuerpflichtigen, welche über 79 Prozent des Reineinkommens ver-

Mesures d'assainissement 1994 110 N 25 janvier 1995 fügen. Von diesen 15 Prozent müssen rund zwei Drittel zusätzliche Steuern in der Grössenordnung von höchstens 500 Franken bezahlen. Wir finden, dass dieser bescheidene Beitrag an eine gesellschaftliche Solidarität verlangt werden kann. Auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Sanierung des Staatshaushaltes wollen auch wir nicht warten. Der Staatshaushalt muss jetzt saniert werden, und zwar nicht auf Kosten der grossen Mehrheit der Bevölkerung. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer würde die mittleren und vor allem die unteren Einkommen proportional stärker belasten. Das wollen wir verhindern, da diese Einkommen heute schon, wie ich auch ausgeführt habe, um ihren Besitzstand kämpfen. Wir haben nicht die geringsten Zweifel, dass die Bundessteuer auf Vermögen - selbst wenn wir deren Einführung zur Sanierung des Staatshaushaltes beschliessen würden; es sieht aber offensichtlich nicht so aus - vom Parlament wieder abgeschafft würde, sobald sie nicht mehr dringend benötigt würde. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, obwohl sozial unverträglich, wäre wohl nicht mehr so leicht rückgängig zu machen. Deshalb sind wir auch für diese Steuer auf Bundesebene. Wir Grünen sind aber überzeugt, dass die Schweiz mittel- und langfristige nicht ohne eine ökologische Steuerreform auskommt. Das ist der Weg für uns. Marbel Jean-Marc (L, VD): La Suisse a connu un taux d'imposition léger durant plusieurs dizaines d'années. De nombreux étrangers sont venus s'établir chez nous pour de multiples raisons: beauté de nos paysages, sécurité, tranquillité. Mais certainement la modération du prélèvement fiscal a joué un rôle non négligeable quant à cette installation dans notre pays de ces étrangers. L'ensemble de la communauté a bénéficié de ces nouveaux résidents, grâce auxquels des postes de travail ont été créés, et qui ont apporté des ressources importantes à notre économie. Depuis quelques années, notre fiscalité directe a crû plus rapidement que celle des autres pays. L'avantage fiscal s'est estompé. Aussi notre compétitivité actuelle est plus faible. Ajouter un impôt supplémentaire sur la fortune reviendrait à pénaliser le résident étranger. Alors, deux conséquences: premièrement, le résident étranger pourrait être tenté de trouver des lieux plus favorables, sur le plan fiscal notamment; deuxièmement, des étrangers intéressés à venir s'établir chez nous y renonceraient en ne souhaitant pas être imposés au-delà du raisonnable. Si nous avons examiné les conséquences pour le contribuable étranger, nous sommes également sûrs qu'un contribuable suisse fortuné pourrait être tenté de s'expatrier fiscalement. Le lieu de résidence de certains artistes, industriels ou sportifs suisses, qui se sont établis notamment à Monaco, atteste que déjà cette préoccupation de ne pas devoir payer trop d'impôts est présente chez certains de nos compatriotes. C'est donc une erreur que d'augmenter l'impôt et de créer un impôt sur la fortune sur le plan fédéral. On constatera dans un premier temps

une croissance des recettes fiscales, mais ensuite un exode d'un certain nombre de contribuables, d'où une baisse des rentrées d'impôts finalement. Tout à l'heure, M. Borei François disait que le Parti socialiste s'apprêtait à lancer une initiative populaire. Nous sommes persuadés que se lancer dans cet exercice, c'est jouer à l'apprenti sorcier et faire courir un péril supplémentaire aux finances de ce pays. Dès lors, le groupe libéral ne se laissera pas abuser par un projet de loi qui ne peut que pénaliser notre économie. Il vous invite donc à ne pas entrer en matière sur ce projet de loi.

Hess Peter (C, ZG),
Berichterstatter: Die Finanzkommission hat sich mit 10 zu 5 Stimmen für Nichteintreten ausgesprochen, aus folgenden Überlegungen: Es ist uns mitgeteilt worden, dass eine solche Vermögenssteuer nach damaligen Schätzungen von Bundesrat Villiger zwischen 700 und 900 Millionen Franken einbringen könnte. Doch ist es ein falscher Weg, wie heute mehrfach dargelegt wurde. Die Finanzwissenschaft bringt klar zum Ausdruck, dass wir das Substrat der direkten Steuer vom Bund zurück auf die Kantone verlagern sollten, die bereits heute die Vermögenssteuer kennen. Auf Bundesebene neu die Vermögenssteuer einzuführen, wäre ein Anachronismus erster Güte. Es ist aber auch so, dass es insgesamt ein Schritt in die falsche Richtung wäre, weil dadurch die Steuerquote weiter erhöht würde. Wir können das jetzt nicht ausdiskutieren. Herr Bundesrat Stich wird mir widersprechen, aber es kann nicht diskutiert werden, dass die Steuerquote zusammen mit den übrigen Kosten des Arbeitsplatzes heute ein Niveau erreicht hat, das international - mindestens auf europäischer Ebene - auf mittlere Sicht nicht mehr konkurrenzfähig ist.

Ein drittes Argument, das auch genannt wurde: Der Raubzug der Eidgenössischen Steuerverwaltung durch die periodischen Höhererschätzungen der Immobilien. Sie kennen die Reaktionen, die in den letzten Jahren erfolgt sind. Sie haben Vorstösse dazu beraten. Das hat keine Wirkung gezeigt beim Finanzminister. Schon aus diesen Gründen sind wir der Meinung, dass wir dieser unvernünftigen Massnahme, die da vorgeschlagen wird, nicht zustimmen sollten.

Camponovo Geo (R, TI), relatore: Sappiamo che la proposta non verrà accettata dal Parlamento, sappiamo che la discussione si sposta all'interno del Partito socialista. Ed allora possono essere presi a prestito alcuni argomenti che interessano la contrapposizione di idee in Italia fra Rifondazione comunista, che vorrebbe tassare i patrimoni, e il PDS, ex Partito comunista, socialdemocratico, che non la vuole. Presumo, spero che all'interno del Partito socialista almeno questa contrapposizione di idee fra comunisti e socialdemocratici possa awenire. Ed allora, prendendo a prestito qualche argomento, possiamo dire questo. L'imposizione della sostanza, in fondo, corrisponde all'imposizione del risparmio. Ecco perché i «socialdemocratici» in Italia non sono molto favorevoli a un'imposizione del risparmio. Si tratta, nell'imposizione sul patrimonio, di una penalizzazione del risparmio, e pertanto nella scienza economica dell'investimento, rispetto al consumo. Chi consuma non paga, chi risparmia è chiamato a pagare. Gli altri, i comunisti, contraddicono: «Ma attenzione, perché anche il consumo è imposto, anche chi consuma paga delle imposte.» Gli altri rispondono che si tratta sì di un consumo imposto, ma il risparmio è un consumo dilazionato nel tempo, utilizzato per creare ricchezza, nuova ricchezza, nuove fonti di lavoro, ma prima o poi destinato al consumo. Vi è chi ricorda, sempre all'interno del movimento socialdemocratico in contrapposizione ai comunisti in Italia, che il capitale-risparmio è già stato oggetto di imposizione fiscale; al momento in cui è stato reddito lo si è già tassato. Ed allora si fa notare che una società difficilmente può svilupparsi senza risparmio, e attraverso il risparmio questa società trova uno dei suoi motivi principali di equilibrio socio-economico. Riferendomi ancora all'Italia: è chiaro, mi sembra, a tutto il mondo che osserva la stranezza e la eccezionalità italiana, che malgrado la

montagna di debiti pubblici, l'equilibrio della società, l'equilibrio socio-economico e politico non è messo in forse. Perché? Perché l'Italia è la nazione che risparmia di più al mondo ed è la nazione che utilizza il risparmio interno per finanziare l'ente pubblico, il quale paga degli interessi anche notevoli; per cui si è capito, all'interno dei socialdemocratici, che è difficile, anche pericoloso a volte, rompere questo equilibrio del risparmio. Voleva essere solo un piccolo contributo nella contrapposizione tra comunisti e socialdemocratici che avrete anche voi all'interno del vostro partito. Abstimmung - Vote Für den Antrag der Mehrheit Für den Antrag der Minderheit 93 Stimmen 40 Stimmen

25. Januar 1995 N 111 Sanierungsmassnahmen 1994 M. (neu) Bundesbeschluss über die Kürzungen der Bundesbeiträge an die Schweizerische Käseunion und die Butyra M. (nouveau) Arrêté fédéral portant réduction des subventions à l'Union suisse du commerce de fromage et à la Butyra Antrag der Kommission Mehrheit Nichteintreten Minderheit (Marti Werner, Baumann Ruedi, Bäumlín, Borei François, Lee-mann, Weder Hansjürg) Eintreten Proposition de la commission Majorité Ne pas entrer en matière Minorité (Marti Werner, Baumann Ruedi, Bäumlín, Borei François, Lee-mann, Weder Hansjürg) Entrer en matière Marti Werner (S, GL), Sprecher der Minderheit: Wir kommen nun zum letzten Akt unseres Sanierungsprogrammes. Aus dem Minderheitsantrag ersehen Sie, dass es uns mit dem Sparen Ernst ist. Es ist so. Wenn wir die Veranstaltung, die wir hier gehabt haben, Revue passieren lassen, könnte man nämlich daran zweifeln, dass der Wille des Parlaments zum Sparen da ist. Sie haben Glück. Medienmässig ist das Geschehen bis jetzt noch nicht ausgeschlachtet worden, denn Thema Nummer eins der Tageschau, die ich vorhin kurz angesehen habe, war die Sierra Nevada und das Wetter in der Sierra Nevada. Das Wetter in der Sierra Nevada wird aber andere Auswirkungen auf den Bundeshaushalt haben als die Entscheide, die Sie heute getroffen haben. Es geht dort auch um Käse, und damit komme ich zum Thema, Herr Früh. Ich möchte Ihnen den Minderheitsantrag begründen: Es geht darum, dem Bundesrat im Rahmen einer Kompetenznorm die Möglichkeit zu geben, sich über die bestehenden Marktordnungen und Verordnungen hinwegzusetzen, um hauptsächlich bei der Käse-, aber auch der Butterverwertung im beantragten Rahmen zu sparen. Bis jetzt war es so - man hat ja wiederholt über die Käseunion diskutiert -, dass gekürzte Kredite in der Folge stets im Rahmen von Nachtragskrediten wieder erhöht worden sind, dies weil die Ausgaben gesetzlich fixiert waren. Nun möchten wir dem Bundesrat die Kompetenz geben, Änderungen zu treffen. Dieser Gedanke des Vollmachtenregimes stammt nicht einmal von mir, sondern von Ihnen. Im Rahmen der Sanierungsgespräche ist von Ihrer Seite einmal der Vorschlag gemacht worden, dem Bundesrat Vollmachten zu geben, um im Rahmen des Sparziels entsprechende Massnahmen zu treffen. Wir haben uns dagegen gewehrt, weil wir die Budgethoheit behalten wollten. Wir schlagen Ihnen nun ein solches Vollmachtenregime in einem sehr beschränkten Bereich vor, im Bereich der Käse- und Butterverwertung, und dies in einem limitierten Rahmen. Das ist demokratisch absolut vertretbar. Weshalb wollen wir das? Die Käse- und Butterverwertung kostet uns zurzeit 1,3 Milliarden Franken. Das ist enorm. Mit diesen 1,3 Milliarden Franken belasten wir die Solidarität des Steuerzahlers massiv. Ich möchte hier insbesondere jenen, die den Minderheitsantrag ablehnen, zu bedenken geben - ich gehe davon aus, dass es die Bauernvertreter sind -, dass diese Solidarität auch überstrapaziert werden kann, indem die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht mehr bereit sind, für diese massiven Kosten aufzukommen. Ich mache Sie aber auch darauf aufmerksam, dass Sie mit der Beibehaltung des heutigen Systems Ihre eigene Klientel, nämlich die Bauern, strapazieren. Von jedem Verwertungsfranken gehen

nämlich nur 35 Rappen an den Bauer. Die restlichen 65 Rappen versickern in den Löchern des Käseberges und in den Tiefen des Milchsees. Hier soll der Bundesrat eingreifen, damit dieses Sparpotential ausgelotet werden kann. Lesen Sie den Bericht der Kartellkommission. Ihr Urteil ist an und für sich klar: Die Käseunion muss unbedingt und so schnell wie möglich ersetzt werden. Wir müssen den Systemwechsel vollziehen. Das sagen jetzt alle. Das werden auch Sie sagen. Aber bis zu welchem Zeitpunkt kann das geschehen? Das Bundesamt für Landwirtschaft spricht davon, dass das mit einem Zeithorizont 1997 geschehen soll. Wenn es gut geht, wird es 1998. Wenn nun aber die Käseverwertung allein jedes Jahr 500 Millionen Franken kostet, so verschlingt dieser Zeitraum weitere 2 Milliarden Franken. Wenn wir alle der Auffassung sind, dass die Käseunion und die Butyra gestorben sind, dann müssen wir doch zumindest schauen, dass deren Beerdigung nicht allzu teuer wird. Der Minderheitsantrag will nun, dass der Bundesrat die entsprechenden Massnahmen treffen kann und Verwerter, die Milch brauchen, die Milch auch bekommen, dass sie also nicht zu Käsefabriziert wird. Ich erinnere Sie hier an die leidige Geschichte der Käsereigenossenschaft Scheunenberg; sie wurde schliesslich gezwungen, ihre Milch einer Käserei abzuliefern, die Emmentaler herstellt, und nicht einer anderen Käserei, die ihre Milch anders verwerten konnte. Derartige Unstimmigkeiten müssen eliminiert werden. Es wird auch Aufgabe des Bundesrates sein, in dieser Übergangsphase die Käseproduzenten zu zwingen, näher am Markt zu produzieren und damit die Verluste zu eliminieren oder zumindest zu reduzieren. Noch eine letzte Bemerkung: Sie werden mir entgegenhalten, dass eine Kürzung der Beiträge an die Käseunion und an die Butyra am Schluss auf die Bauern durchschlägt Gerade das wollen wir aber nicht. Wir sagen: Der Konsumentenpreis bleibt gleich, der Milchpreis bleibt gleich, und bei den 70 respektive 65 Prozent dazwischen muss und kann gespart werden. Das wird in diesem System nicht gemacht, weil die Vertreter der Bauern gleichzeitig auch die Vertreter der Milchverwerter sind. Die sagen dann: An die Bauern können wir es nicht weitergeben, und wir selbst wollen das auch nicht-also zahlt der Staat. Hier muss der Staat eingreifen, damit das nicht passiert und gleichzeitig die Milchpreise in der bisherigen Höhe beibehalten werden können. Ich ersuche Sie, dem Antrag der Minderheit zuzustimmen. Fischer-Häggingen Theo (V, AG): Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit Marti Werner abzulehnen. Das Thema Käseunion und Butyra hat uns bereits bei der Behandlung des letzten Voranschlages beschäftigt. Schon damals wurden gewisse Behauptungen in die Welt gesetzt, die bei näherer Abklärung nicht haltbar waren. Auch damals haben wir eine Kürzung bei der Käseverwertung beschlossen. Die grossen Ausgabenüberschüsse im Bereich der Milch- und Käseverwertung werden nicht nur durch die Organisation, also durch die Käseunion, verursacht. Es wird immerso getan, als ob die grossen Aufwendungen, die sich in der Käsevermarktung ergeben, von der Organisation verursacht würden. Dabei wird vergessen, dass das Marktumfeld für Milchprodukte gegenwärtig sehr schlecht ist. Ich denke vor allem an den starken Franken, d. h. natürlich auch an die schwache Lira Italien ist der Hauptabnehmer für Emmentaler, und innert zwei Jahren ist dieser Emmentaler in Italien um 40 Prozent teurer geworden. Entgegen dem, was nun behauptet wird, hätte die Annahme des Antrages Marti Werner direkte Auswirkungen auf das Einkommen der Landwirtschaft, denn diese vorgesehenen Kürzungen von 10 bzw. 20 Prozent in den folgenden Voranschlägen können nicht durch eine Neuorganisation oder durch eine Abschaffung der beiden Institutionen kompensiert werden, weil der administrative Aufwand bedeutend kleiner ist als diese 10 bzw. 20 Prozent. Es ist unbestritten, dass die Vermarktung von Käse- und Milchprodukten auf neue Grundlagen

gestellt werden muss. Die Käseunion hat Fehler gemacht und die Entwicklung auf dem Agrarmarkt zum Teil verschlafen, die Reorganisation ist eingeleitet. Mit dem neuen Milchmarktgesetz, welches den geltenden Milchwirtschaftsbeschluss ablöst, sollen ja neue Strukturen geschaffen werden, die den neuen Erfordernissen angepasst sind.

Mesures d'assainissement 1994 112 N 25 janvier 1995 Zudem ist zu beachten, dass die neuen Gatt-Bedingungen auch ein neues Marktverhalten verlangen. Aber auch wenn die Gatt-Bestimmungen in Kraft treten, wollen wir in der Schweiz weiterhin eine produzierende Landwirtschaft, und für den Produktverkauf braucht es neue Formen der Vermarktung. Diese neuen Vermarktungsordnungen müssen nun geschaffen werden; die Reformen sind eingeleitet. Ich bitte Sie, die Landwirtschaft nicht mit einem Hüftschuss in grosse Bedrängnis zu bringen. Lehnen Sie deshalb den Antrag der Minderheit Marti Werner ab. Hämmerle Andrea (S, GR) : Es ist für heute die allerletzte Gelegenheit, unseren Bundesrat doch noch ein bisschen versöhnlich zu stimmen. Die letzte Spargelegenheit des Tages! Die Probleme mit unserer Milchordnung sind offensichtlich, und sie sind nicht zu bestreiten. Das Hauptproblem der Milchordnung ist die Überproduktion - oder genauer gesagt die Produktion am Markt vorbei. Damit verbunden sind die Überschussverwertungskosten, die für den Staat anfallen. Es ist ja nicht so, dass alle Milchprodukte unverkäuflich oder schlecht verkäuflich sind, aber es gibt diese schlecht verkäuflichen Milchprodukte, die leider in viel zu grossem Ausmass produziert werden, und hier müssen wir ansetzen. Hier müssen wir den Automatismus endlich einmal durchbrechen. Die Lösung ist natürlich nicht der Kontingentshandel, über den wir am 12. März abstimmen, sondern die Lösung liegt darin, dass wir bei den nachgelagerten Bereichen endlich ein bisschen Markt einführen müssen. Wir haben ja heute einen Finanzierungsautomatismus. Die Käseunion und die Butyra können tun und lassen, was sie wollen; ihre Defizite werden automatisch über die Bundeskasse abgegolten. Da nützt es nichts, Budgetkürzungen zu machen. Es gibt automatisch Nachtragskredite, und diese werden automatisch bewilligt. Ich gestatte mir einen ganz kleinen Vergleich mit einer anderen Institution, die in diesem Rat auch sehr häufig besprochen wird: mit den SBB. Den SBB geben wir feste Beiträge pro Jahr. Wir geben keine integrale Defizitgarantie. Sie können nicht tun und lassen, was sie wollen; wir finanzieren ihre Debakel nicht automatisch. Wir wollen nun nichts anderes, als die Käseunion nach und nach an den Markt heranzuführen, sie nach und nach gleichzustellen mit anderen vergleichbaren Organisationen, die notabene viel grössere gemeinwirtschaftliche Leistungen erbringen als die Käseunion. Der Antrag der Minderheit Marti Werner ist erstens einmal finanzpolitisch wichtig: Er erbringt 200 Millionen Franken Spareffekt in drei Jahren. Das ist für heutige Verhältnisse nicht nichts. Zudem führt er die Käseunion Schritt für Schritt und überaus sachte - nicht mit einem Hüftschuss, Herr Fischer-Hägglingen! - an den Markt heran. Dafür ist es allerhöchste Zeit. Ich bitte Sie, diesen Minderheitsantrag zu unterstützen. Steinemann Walter (A, SG): Seit über 50 Jahren haben wir in der Landwirtschaft die Weiterführung der Kriegswirtschaft, was unsere Fraktion schon seit Jahren kritisiert. Die Zustände fassen noch auf den absoluten Wunschvorstellungen aus Zeiten, wo die Bundeskasse dem prallgefüllten Euter einer Hochleistungsmilchkuh glich. Um diesen gordischen Knoten endlich zerhauen zu können, stimmen wir folglich allen Taten zu, welche dies ermöglichen. Nur noch die direkt Interessierten in diesem Land wollen weiterhin diese Verbandsmisswirtschaft unterstützen, welche keinerlei Berechtigung mehr hat. Vom Defizit in der Höhe von 500 Millionen Franken beträgt allein der Betriebsaufwand der Käseunion sage und schreibe 100 Millionen Franken pro Jahr. Wir Steuerzahler sind nicht

mehr bereit, jährlich mit einer halben Milliarde Franken einen unnötigen Verband bzw. den Verbandsfilz zu finanzieren und Käsesubventionen zu leisten, die den Gourmets in Washington, Osaka, London oder sonstwo zugute kommen. Wir wissen, dass von 100 Franken an generellen Subventionen nur 35 Franken die Bauernfamilien als Einkommen erreichen. Der grosse Rest versickert insbesondere bei den Buttermogulen, den Käsebaronen, den Milchvögten, den Verbandsbürokraten und allen anderen, welche die Subventionsempfangshand zwecks Füllung öffnen. Demgegenüber ist der Einkommenseffekt von Direktzahlungen hundertprozentig. Im Mai 1991 beispielsweise musste Emmentaler Käse zur Absatzförderung auf Fr. 3.20 heruntersubventioniert werden, damit dieser noch in die USA exportiert werden konnte. Ab Sommer 1994 hat der Bund Millionen von Franken zusätzlich aufgewendet, um beim Käseexport nach Italien die Wechselkursverluste der Lira zu korrigieren. Der Bund subventionierte die Überschussverwertung der unverkäuflichen Waren 1993 gemäss Milchrechnung unter dem Titel Käsesubventionen mit 617 Millionen Franken. Durchschnittlich wird Schweizer Käse für das Ausland mit Bundesgeldern auf weit unter 10 Franken pro Kilo verbilligt. Der Ladenpreis aber für uns Schweizer - für uns, die wir die Subventionen aufbringen - beträgt fast das Dreifache, nämlich etwa 25 Franken. Auch die vielseitige Sponsorentätigkeit der Käseunion, von Aperos für politische Parteien bis hin zur Skinationalmannschaft, stösst vielen Steuerzahlern und Konsumenten sauer auf. Kaum jemand hat einen Sbrinz gekauft und gegessen, nur weil unsere Skifahrer im Käsedress stecken, mit dem es auch nicht mehr so gut läuft. Wir sprechen uns somit gegen die Käse- und Butterbarone aus, sind für Eintreten und unterstützen die minimalen Kürzungen der Bundesbeiträge an die Käseunion und die Butyra Weder Hansjürg (U, BS): In dieser Frage steht die LdU/EVP-Fraktion in einer langen Tradition, und es ist für uns selbstverständlich, dass wir diesen Bundesbeschluss über die Kürzung der Bundesbeiträge an die Käseunion und die Butyra unterstützen. Ich will nicht ins Detail gehen, wie das Herr Marti Werner brillant gemacht hat. Er hat Ihnen gesagt, was technisch zu sagen ist, ich aber möchte Ihnen dazu noch ein paar politische Details erläutern. Seit zweieinhalb Jahren höre ich in diesem Saal immer von Deregulierung, von Liberalisierung und von Vitalisierung. Das ging sogar soweit, dass ich Gefahr lief, davon Ohrenweh zu bekommen. Ich habe aber nur immer gesehen und gehört, dass beim Umweltschutz, beim Denkmalschutz, beim Tierschutz, beim Schutz der Schwächeren dereguliert wurde - und die Starken haben sich ihre Freiräume ausgeweitet. So ging es mit der Liberalisierung. Jetzt kommen wir zur Käseunion und zur Butyra. Das sind doch die grossen, staatlichen Zwangskartelle in der Schweiz schlechthin. Es sind die Hauptpfeiler eines planwirtschaftlichen Gebäudes, genannt: schweizerische Agrarpolitik. Was früher in Moskau war und jetzt in Brüssel ist, ist bei uns immer noch festgefügt in der Erde. Wenn wir mehr Markt wollen - und das wollen Sie ja alle -, müssen wir dort anfangen, wo es heute am wenigsten Markt gibt - das ist nun einmal in der Agrarpolitik, speziell im Milchsektor. Die einfachste und wirkungsvollste Art, mehr Markt zu erreichen, ist das Zudrehen des Geldhahns, wie das der Antrag der Minderheit Marti Werner will. Ich begreife nicht, weshalb es zu den vordringlichen Zielen der schweizerischen Politik gehört, dass die Japaner und die Amerikaner und die Italiener unseren Emmentaler billiger essen können als wir. Das mag Entwicklungshilfe sein, aber ich meine, der Zielort ist nicht der richtige. Zum Schluss rede ich noch als Freiwirtschaftler. Ich weiss ganz genau, dass Kartellisten und Monopolisten im Grunde genommen die Totengräber der Marktwirtschaft sind. Wir haben den Zusammenbruch im Osten gesehen. Wenn wir in der Bauernwirtschaft so weitermachen, wird auch dieses Gebäude einmal zusammenbrechen,

weil schlicht und einfach die Konsumenten nicht bereit sind und nicht bereit sein werden, das zu bezahlen, was Sie uns abfordern. Und Totengräber der Marktwirtschaft - ich habe da noch einen Satz geschrieben -, bei dieser Beerdigung möchte ich eigentlich nicht dabei sein. Daher bitte ich Sie, dem Antrag der Minderheit Marti Werner und seinen Freunden zuzustimmen.

25. Januar 1995 N 113 Sanierungsmassnahmen 1994 Kühne Josef (C, SG): Wenn nur die Hälfte dessen zutreffen würde, was von gewissen Vorrednern gesagt worden ist, würde ich zustimmen, obwohl ich Präsident des Zentralverbandes schweizerischer Milchproduzenten bin und seit einem Jahr das Vergnügen habe, in der Käseunion als Verwaltungsrat Verantwortung mitzutragen. Man will einfach nicht zur Kenntnis nehmen, wie die Fakten sind. Man schlägt auf die Käseunion und auf die Butyra, und man trifft die Bauern. Herr Steinemann, man trifft die Bauern vor allem als Milchproduzenten. Das ist klar. Wir sind sehr daran interessiert, dass kein Franken unnötig in den Institutionen und Organisationen versickert. Wir sind beweglich. Wir haben die Biomilchproduktion neuerdings sehr hoch angesiedelt, überproportional hoch - auch in der Werbung. Aber es gibt gewisse Rahmenbedingungen, die auch wir nicht ändern können. Wir hoffen auf die bilateralen Verhandlungen, auf offenen Zutritt für Milchprodukte zum Markt der Europäischen Union. Wenn immer gesagt wird, es bewege sich nichts, nehmen Sie nicht zur Kenntnis oder wollen Sie nicht zur Kenntnis nehmen, was in den letzten zwei Jahren passiert ist. Der Milchpreis ist um 10 Rappen gesenkt worden. Der Bund hat seine Beiträge für die Magermilchverwertung gestrichen; diese werden jetzt von den Milchproduzenten bezahlt. Der Bund wird im Bereich Milchrechnung entlastet. Wir haben den saisonalen Ausgleich eingeführt, und zwar als Selbsthilfeaktion für die Milcheinlieferungen. Herr Biel hat mir bestätigt, dass im Jahre 1994 erstmals im Herbst kein Engpass in der Milchversorgung eingetreten ist. Wir haben also geschaltet. Nichtsdestotrotz werden immer wieder die alten Sprüche erzählt, vom Fall Scheunenberg und noch weiteren aus der Vergangenheit. Vergessen Sie das; das gibt es nicht mehr unter der heutigen Führung des Zentralverbandes schweizerischer Milchproduzenten. Ein Problem besteht aber: Je mehr Sie kürzen, um so grösser wird die Gefahr, dass die Randregionen unter die Räder kommen, weil das Geld nicht mehr vorhanden ist, um kleine Milchmengen mit grossen Sammelkosten einzuziehen. Das führt dazu, dass letztlich die grossen Milchproduzenten entlang der Autobahn gegenüber jenen, die in den Randregionen leben, bevorzugt werden. Genau das wollen wir nicht. Wenn man einen Punkt findet, wo man sparen könnte, ist es die Verkaufsförderung. Wir haben das Budget x-mal durchgekämmt, und wir sind an einer sehr heiklen Grenze. Unsere Konkurrenten auf den Märkten, neuerdings vor allem auch die Österreicher, legen zu. Sparen auf diesem Gebiet kann uns mittelfristig sehr teuer zu stehen kommen. Wenn Sie sparen wollen, müssen Sie dem Milchwirtschaftsbeschluss 1988 zustimmen. Damit kann der Fettgehalt beschränkt werden. Sie können bei der Kontingentsübertragung einen Teil der Kontingente gratis stilllegen, zum Nutzen des Bundes. Sie verhindern die bisherige Rosinenpickerei im Bereich Milchverwertung. Das wäre eine Tat, um Geld zu sparen; aber Sie behaupten in Ihrer Propaganda genau das Gegenteil. Wir haben im Dezember 1994 gesagt, wohin die Fahrt der Milchwirtschaft geht. Es ist eine Talfahrt, vor allem auch Gattbedingt. Aber geben Sie uns eine Chance, auf dieser Fahrt ans Ziel zu kommen. Das Beispiel des Käse-Dress ist angeführt worden: Wenn die Milchbauern jetzt schon gewissermassen zu Tale fahren müssen, errichten Sie nicht noch irgendwo ein «Österreicher Loch», damit alle stürzen und ausscheiden, Herr Marti Werner. Das entspräche Ihrem Antrag. Ebenfalls falsch ist die Behauptung, von einem

Franken kä- men 30 Rappen letztlich beim Bauern an. Bundesrat Stich hat entsprechende einschlägige Erfahrungen. Sie haben gese- hen, wieviel kompensiert werden musste, als der Milchpreis um 10 Rappen gesenkt wurde. Der Faktor ist nicht 1 zu 0,3, sondern 1 zu 2. Ich bitte Sie im Namen der CVP-Fraktion, den Antrag der Min- derheit Marti Werner abzulehnen. Hess Peter (C, ZG), Berichterstatter: Ich beantrage Ihnen im Namen der Kommissionsmehrheit, den Antrag der Minder- heit Marti Werner zurückzuweisen. Ich könnte jetzt die Argu- mente, die Herr Kühne sehr sachlich dargelegt hat, aufgrund der mir verfügbaren Unterlagen wiederholen, aber wir wer- den dieses alte Thema heute abend sowieso nicht ausdisku- tieren können. Lassen wir jetzt einmal die Hände davon und stimmen wir im März ab. Es ist ganz klar, dass wir im Bereich der Überschuss- verwertung vorwärts machen müssen; wir müssen die Kosten reduzieren. Ich glaube, dass es besser wäre, da zusammenzu- arbeiten, als die Gräben immer wieder neu aufzureissen.

Camponovo Geo (R, TI), relatore: L'intervento del collega Fi- scher-Häggingen attesta a sufficienza che la preoccupazione per il grande fallimento del tentativo dello Stato di regolamen- tare il mercato non è limitata alla parte che ha formulato la pro- posta, ma è più estesa. La maggioranza della commissione ri- tiene di dar fiducia al Consiglio federale, che sta dimostrando di voler impostare in altro modo, più razionale, tutta la que- stione che riguarda il latte. Sbaglierebbe chi si illudesse che i cambiamenti possono awenire in modo lento e tranquillo. Come membro di una Commissione delle finanze sono preoc- cupato da qualche indicazione del collega Kühne; se è vero che state facendo moltissime cose positive, sta di fatto, che quando consegnate il risultato alla Commissione delle fi- nanze, ci troviamo sempre di fronte a 1,3 miliardi di franchi di deficit; e nell'attività privata risultati di questo genere portereb- bero immediatamente al licenziamento dei responsabili. Oui evidentemente è tutto un altro problema. Mi preoccupa un altro fatto; il fatto di dire: «Non tirate troppo la corda, perché altrimenti ad andarci di mezzo sono i produttori di latte delle zone discoste, a favore di coloro i quali mungono le mucche attorno all'autostrada, vicino alle fonti di utilizzo.» Spero che l'ente pubblico non dimentichi che esiste una diffe- renza di costo tra colui il quale produce in montagna e colui il quale produce vicino all'autostrada. Tanto è vero che una na- zione come l'Italia non ha nessun sussidio, zero, assoluta- mente, per i produttori di latte del piano, mentre ha dei sussidi parificabili ai nostri, sostanziosi, per coloro i quali allevano le bestie in montagna. Mi sembra sia quello che vogliamo, guai se fosse la teoria del collega Kühne quella giusta. Abstimmung - Vote Für den Antrag der Mehrheit Für den Antrag der Minderheit 81 Stimmen 47 Stimmen Hess Peter (C, ZG), Berichterstatter: Ich möchte Ihnen kurz eine Berechnung darüber abgeben, was wir in den letzten drei Tagen gemacht haben: Der Seite 22 der Botschaft entnehmen Sie, dass der Bundes- rat von uns erwartet, im Ausgabenbereich in den Jahren 1996 bis 1998 zirka 500 bis 750 Millionen Franken zu sparen, wobei für 1996 und 1997 die lineare Kürzung besonders zu Buche schlägt. Es werden dann in diesen Jahren zusätzlich zwischen 1,8 und 2,3 Milliarden Franken durch Finanzplanvorgaben auf Bundesratsstufe gespart. Es bleibt Ihnen überlassen, wieviel das dann effektiv einbringt. Der Rest sind Mehreinnahmen. Was haben wir effektiv gemacht? Wir haben Sparanträge im Umfang von etwa 200 Millionen Franken abgelehnt. Wenn Sie die Beiträge der Selbständigerwerbenden an die AHV aus- klammern, bedeuten ja 200 Millionen Franken nicht eine Sa- nierung der Bundeskasse. Auf der anderen Seite haben Sie für die Jahre 1996 und 1997 Ausgabenkürzungen im Umfang von 560 Millionen Franken beschlossen. Also sind wir gemäss Botschaft auf der Zielgeraden. Für die Jahre 1998 und folgende haben wir aber das Ziel um etwa 200 Millionen Franken unterschritten. Hingegen ist hier noch eine zusätzliche Massnahme, das

sind die 75 Millionen Franken bei der Tabaksteuer; diese gehen ja auch wieder an die AHV. Ich wollte Ihnen das nur sagen, damit Frau Diener heute abend nochmals nachrechnen kann, ob das wirklich ein Trauerspiel war, bei dem überhaupt nichts oder kaum gespart worden sei. Abschreibung - Classement Antrag des Bundesrates Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

Motion Mamie 114 N 25 Janvier 1995 Proposition du Conseil fédéral Classer les interventions parlementaires selon lettre aux Chambres fédérales Adopté An den Ständerat-Au Conseil des Etats #ST# 93.3664 Motion Mamie Sanierung der Bundesfinanzen Assainissement des finances fédérales Wortlaut der Motion vom 17.

Dezember 1993 In seiner Botschaft vom 4. Oktober 1993 wünscht der Bundesrat weitere Massnahmen zur Entlastung des Bundeshaushalts. In diesem Zusammenhang wird der Bundesrat eingeladen, zusammen mit jeder Kürzung von Subventionen gleichzeitig eine entsprechende Änderung der gesetzlichen Bestimmungen vorzuschlagen. Diese Änderung soll jeweils nicht nur den finanziellen Aspekt, sondern auch die mit einer Subvention verbundenen Pflichten berücksichtigen. Texte de la motion du 17 décembre 1993 Dans son message du 4 octobre 1993, le Conseil fédéral souhaite alléger davantage les charges de la Confédération. Dans cette optique, je prie le Conseil fédéral d'accompagner chaque réduction de subventions d'une modification législative correspondante. Cette dernière visera autant l'aspect financier que celui qui a trait aux normes et règles contraignantes. Mitunterzeichner- Cosignataires: Chevallaz, Comby, Epiney, Friderici Charles, Leuba, Narbel, Perey, Philipona, Pidoux, Rohrbasser, Sandoz, Savary, Schmied Walter (13) Schriftliche Begründung - Développement par écrit Selon le plan financier établi pour la période de législature 1993-1995, les déficits de la Confédération continueront de croître. Cette évolution inquiétante a plusieurs causes. Une propension aux dépenses et la dégradation de la situation économique constituent les facteurs déterminants qui influencent négativement les recettes et empêchent la croissance. Les mesures qu'entend prendre le Conseil fédéral se traduisent le plus souvent par un transfert de charges sur le dos des cantons et des communes. Dans cette perspective peu réjouissante pour ces collectivités, il s'agit de réexaminer les tâches de la Confédération et le rôle que cette dernière envisage de jouer dans le futur. Ces exercices successifs d'économies ne peuvent à terme que rompre l'équilibre déjà fragile de répartition des compétences. Certaines modifications de lois fédérales et d'arrêtés fédéraux s'imposent dès lors à la lumière des réductions budgétaires. Elles doivent en outre s'accompagner d'une révision en profondeur visant à atténuer les effets négatifs induits ainsi que les contraintes normatives qui, elles, ne sont que rarement ou jamais assouplies. Dans cette optique, seules de véritables réformes menées de concert avec les cantons permettront à terme de retrouver un certain équilibre financier, mais surtout une répartition claire des compétences. La Confédération ne peut plus continuer de s'occuper de tout et en particulier de domaines accessoires qui relèvent avant tout des cantons. Elle le fait souvent maladroitement par l'intermédiaire de technocrates peu enclins au fédéralisme et ayant une fâcheuse tendance à vouloir réduire les cantons au rang de simples agents d'exécution. Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 16. Februar 1994 Rapport écrit du Conseil fédéral du 16 février 1994 Considérés globalement, les effets directs des mesures d'assainissement des finances fédérales 1992 présentent un solde en faveur des cantons, grâce à leur part aux nouvelles recettes prévues dans ce programme. Les mesures d'assainissement des finances fédérales 1993 ont été élaborées en étroite collaboration avec la Conférence des directeurs cantonaux des finances. Les efforts d'assainissement des finances fédérales ne se sont donc pas résumés à un transfert de

charges sur le dos des cantons et des communes. Dans son message du 4 octobre 1993 sur les mesures d'assainissement des finances fédérales 1993, le Conseil fédéral a présenté plusieurs axes pour la poursuite de son action vers un redressement des finances fédérales. Trois d'entre eux concernent les relations Confédération/cantons. Les normes et standards - qu'ils soient législatifs, réglementaires ou encore émanant d'associations privées - ayant une influence sur les coûts de réalisation d'une tâche publique seront analysés. Il s'agira particulièrement de déterminer si les coûts résultant de ces normes sont justifiés au regard de l'effet recherché. Les cantons seront associés à ces travaux. Ils profiteront inévitablement d'éventuels assouplissements. Le rapport que le Conseil fédéral établira à l'intention du Parlement en application de la loi sur les subventions devra conduire à la suppression de prestations apparaissant comme non prioritaires pour la réalisation des tâches étatiques. Les cantons seront libres de se substituer à la Confédération ou, au contraire, de renoncer eux aussi à intervenir dans les domaines considérés. Enfin, les travaux préliminaires de la révision du système des transferts Confédération/cantons ont débuté. Ils s'effectuent de concert avec la Conférence des directeurs cantonaux des finances. La péréquation financière actuelle ne peut empêcher l'accroissement continu des disparités intercantionales. Le système doit donc être revu. D'autres distorsions ou dysfonctionnements indiquent également l'urgence d'une refonte du système. Un autre but de la révision sera de créer les conditions propres à garantir une utilisation plus économe des deniers publics tout en renforçant les attributions et les responsabilités des cantons. Le Conseil fédéral décidera concrètement à la fin du premier semestre de 1994 des étapes de la réforme à mener. Le Conseil fédéral est conscient que l'assainissement des finances fédérales passe également par un redressement de la santé financière des cantons. C'est pourquoi il continuera d'y travailler en collaboration avec les cantons, notamment par l'entremise du groupe de travail commun du Département fédéral des finances et de la Conférence des directeurs cantonaux des finances. Chaque fois que cela est possible, le Conseil fédéral présentera des mesures d'assainissement conduisant à un redressement tant des finances fédérales que des pouvoirs publics dans leur ensemble. La prise en considération par la Confédération de la situation financière des cantons n'est ainsi possible que dans le cadre d'un jugement global. Le Conseil fédéral ne peut donc se rallier à la formulation très contraignante contenue dans la motion, exigeant pour chaque diminution de subventions une modification législative correspondante.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates
Déclaration écrite du Conseil fédéral
Le conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat
Überwiesen als Postulat
Transmis comme postulat
Schluss der Sitzung um 20.15 Uhr
La séance est levée à 20h15

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Sanierungsmassnahmen 1994 Mesures d'assainissement 1994 In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1995 Année Anno Band I Volume Volume Session Januarsession Session Session de janvier Sessione Sessione di gennaio Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 04 Séance Seduta Geschäftsnummer 94.073 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 25.01.1995 - 15:00 Date Data Seite 84-114 Page Pagina Ref. No 20 025 244 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.